

Herausgeber

Dr. habil. Michael Brzoska, Internationales Konversionszentrum Bonn (BICC)

Prof. Dr. Hans J. Giessmann, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg

Dr. Heiner Hänggi, Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF), Genf

Kapitän zur See Heinz-Dieter Jopp, Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg

Dr. Erwin Müller, Chefredakteur Andreas Prüfert, Europäische Organisation der Militärverbände (EUROMIL), Brüssel

Schriftleitung

Prof. Dr. Hans J. Giessmann

Redaktion

Dr. Erwin Müller (V.i.S.d.P.)

Dr. Patricia Schneider

Dr. Thorsten Stodiek

Beirat

Dr. Alyson Bailes, Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), Stockholm

Dr. Detlef Bald, München

Prof. Dr. Joachim Betz, Universität, Hamburg

Prof. Dr. Hans-Peter Dürr, Träger des Alternativen Nobelpreises, München

Prof. Dr. Pál Dunay, Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik, Genf

Prof. Dr. Wolfgang Gessenhardt, Helmut-Schmidt-Universität, Hamburg

Dr. Sabine Jaberg, Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg

Dr. Martin Kutz, Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg

Dr. Krzysztof Ruchniewicz, Willy-Brandt-Zentrum für Deutschland- und Europastudien, Wrocław

Prof. Dr. Susanne Feske, Universität Münster

Dr. Martina Fischer, Berghof Forschungszentrum für Konstruktive Konfliktbearbeitung, Berlin

THEMENSCHWERPUNKT

Die Europäische Union nach der Erweiterung

Günther Verheugen*

Abstract: The EU enlargement has eventually brought the long-lasting European division to its end. It can be stated that the attractiveness of the EU integration model has proven the test. The EU has earned her peace dividend from a continued stabilisation and integration policy. Though the EU faces tough challenges and pressures that result from globalisation and structural change she will now be in a much better position to handle them properly. Reforms, however, are unavoidable, and the task to implement a strong and credible peace and security policy of the Union is only one among many others. A dissonant chorus of opinions will not be taken seriously. But the EU has many instruments to her disposal that can contribute to turn the World into better if used with self-consciousness, efficiently and with political consequence.

Key Words: Enlargement EU, Integration, Reform Policy, Turkey

Die Erweiterung der Europäischen Union ist vollzogen und ein großer Teil des europäischen Kontinents nun vereint. Dass die Teilung Europas nach mehr als einem halben Jahrhundert überwunden ist, haben alte und neue Mitgliedsländer zu Recht als historisches Ereignis gewürdigt und Millionen Menschen überall in Europa in Festen, an Grenzübergängen, auf Straßen und Plätzen, gefeiert. Unzweifelhaft verändert diese Erweiterung das Gesicht des europäischen Kontinents tiefgreifend, ist sie doch Teil einer Entwicklung, die uns, die Europäer, für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zukunftsfähig macht. Die »europäische Idee« ist ihrer Verwirklichung einen großen Schritt näher gekommen.

Die fundamentale Hoffnung, welche die EU mit der Erweiterung verbunden hat, ist schon seit einiger Zeit Wirklichkeit.

In den neuen Mitgliedsländern besteht ein hohes Maß an politischer und wirtschaftlicher Stabilität, mehr noch, der schwerste Teil des Umbruchs ist bereits gelungen. Heute ist der Frieden in einem großen Teil Europas sicherer als vor 14 Jahren. Auch die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der heutigen EU und ihren neuen Mitgliedern sind bereits eng. Insofern unterscheidet sich das Europa der EU seit dem 1. Mai 2004 kaum vom Alltag der Kooperation in den Tagen davor. Und dennoch gibt es eine historische Zäsur. Sie besteht in der Gewissheit, dass wir alle, die Völker von 25 Staaten, nunmehr zusammengehören und dass dieses Zusammengehören einem großen gemeinsamen Ziel unterworfen ist: dem Gedeihen unseres Kontinents in Frieden.

Der Weg zur europäischen Einigung war nicht selten von Skepsis begleitet, ob das strategische Großprojekt gelingen könne und manche meinten sogar, dass die EU durch diese Erweiterung überfordert werde. Auch die schwierigen Ver-

* Mitglied der Europäischen Kommission, Brüssel.

handlungen über die Europäische Verfassung wurden von einigen als Indiz für weitere bevorstehende Belastungsproben genommen. Die Skeptiker und Zweifler haben jedoch nicht Recht behalten und der Gewinn der Erweiterung für alle Beteiligten steht längst außer Frage. Man muss nur die Situation im Europa von heute mit der vor etwa 15 Jahren vergleichen, um zu sehen, dass Frieden, Sicherheit und Stabilität in Europa heute verlässlicher abgesichert sind. Mehr noch und allen Unkenrufen zum Trotz, hat sich die EU als weltweit geachtetes und attraktives Erfolgsmodell behauptet und eine historische Leistung vollbracht, an die wahrscheinlich nur wir Europäer zutiefst glaubten. Diese Erweiterung belegt, wie erfolgreich Europa sein kann, wenn wir uns ein gemeinsames Ziel setzen und dann mit vereinten Kräften an seiner Verwirklichung arbeiten. Deshalb bin ich auch davon überzeugt, dass die Erweiterung die Anziehungskraft und die Potentiale der europäischen Integration noch verstärken wird.

1. Erweiterung und Frieden

Auch in der Welt des 21. Jahrhunderts lassen sich in Europa nachhaltiges Wachstum, wirtschaftlicher und sozialer Wohlstand nur auf der Grundlage inneren und äußeren Friedens erzielen. Das breite Interesse an der Mitgliedschaft in der EU und die jahrelangen Anstrengungen der mittel- und osteuropäischen Staaten, den dafür erforderlichen Voraussetzungen zu genügen, haben bereits vor dem 1. Mai 2004 ihre Früchte getragen und die Zone der Stabilität, der Sicherheit und des Friedens in Europa vergrößert.

Mit der Erweiterung werden die universellen Werte, denen die EU verpflichtet ist, ihre politischen Ziele und die in der EU gemeinsam vereinbarten Spielregeln auf ein breiteres Fundament von inzwischen 25 Mitgliedstaaten gestellt. Damit weitet sich die Friedensordnung der Union dauerhaft weit nach der Mitte, dem Osten und Süden des Kontinents aus. Zugleich werden die Fähigkeiten der Union gestärkt, politische Ziele besser als bisher zu erreichen, sei es bei der Bekämpfung des Terrorismus und der organisierten Kriminalität, sei es in anderen friedens- und sicherheitspolitischen Aufgabenfeldern.

Es lohnt den Blick zurück: Am 1. Mai 2004, fast auf den Tag 59 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, wurden die Beschlüsse von Jalta und Potsdam, die die Spaltung Europas zementierten und den Kalten Krieg einleiteten, endgültig ad acta gelegt. Wenn in wenigen Jahren noch Bulgarien und Rumänien zur EU stoßen, wird sich der tiefe historische Sinn der Erweiterung voll verwirklicht haben. Die Erweiterung ist deshalb auch mehr als nur eine Etappe in der Geschichte der europäischen Integration. Sie ist ebenfalls mehr als das symbolhafte Ende einer besonders schwierigen europäischen Epoche. Sie ist ein großer Bund auf Zukunft, ein Bund für ein Europa des Friedens, der Stabilität, der Sicherheit, für ein Europa gleicher Lebenschancen, das stark ist in seinen Werten, in der Wirtschaft, in der Wissenschaft. Sie ist ein Bund für ein Europa lebendiger und vielfältiger Traditionen und Kulturen, ein Bund für ein Europa,

dass seinen Bewohnern eine sichere Heimat und anderen Völkern Beistand und Hoffnung ist.

In der Gemeinschaft der 25 und mehr können wir uns darauf konzentrieren, die europäische Idee der Gerechtigkeit zwischen den Menschen und Völkern auf einem großen Teil des europäischen Kontinents zu verwirklichen, eine Idee, die Europa erst angesichts des ungeheuren menschlichen Leids, den zwei Weltkriege und der Hitlerfaschismus bedeuteten, zu verwirklichen begann.

2. Integration als Friedensprojekt

Die erweiterte Union wird die künftigen politischen Herausforderungen besser als bisher bestehen können, denn bei dieser Erweiterung ging es um weit mehr als um bloße geographische Ausdehnung und zahlenmäßige Vergrößerung. Mit ihr ist eine neue politische Dynamik in Europa verbunden. Nunmehr gehören Mitgliedstaaten der EU an, die aus eigenem freiem Willen und aus einer festen europäischen Überzeugung heraus seit langem einschneidende politische und wirtschaftliche Reformen eingeleitet haben. Die neuen Mitgliedstaaten wollten und wollen die Zukunft eines wirtschaftlich und politisch starken Europas solidarisch mitgestalten. Die Herausforderungen unserer Zeit sind groß und mit der Kraft der Nationalstaaten allein nicht zu bewältigen, und die Menschen in der Europäischen Union spüren die Bedrohungen auch, die in Terrorismus, einer unkontrollierten Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, in menschenrechtsverletzenden Systemen, wachsender wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheit im globalen Maßstab, in Menschenhandel, in Waffen- und Drogenhandel oder in der Bedrohung der Umwelt liegen. Die EU muss auf diese Bedrohungen eine Antwort finden und eine Voraussetzung dafür ist, dass sie sich weiter reformiert, um ihr politisches und wirtschaftliches Potential so zu entwickeln, dass sie zu einem ernstzunehmenden globalen Akteur wird. Unter diesem Blickwinkel betrachtet sind die Entwicklung der europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, eine verstärkte Zusammenarbeit von Justiz, Polizei und Zoll und das Gelingen der Lissabon-Strategie von entscheidender Bedeutung. Diese Reformschritte würden die EU befähigen, zu einem echten Partner in den transatlantischen Beziehungen zu werden und ihre Kräfte und spezifischen Erfahrungen in eine enge Kooperation mit den USA einzubringen. Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die ihren Namen verdient, krisenfest ist und fähig, destabilisierenden Entwicklungen entgegen zu wirken, ist deshalb zwingend. Die Verabschiedung der Verfassung würde uns diesem Erfordernis einen Schritt näher bringen. Solange die Europäische Union aber keine wirkungsvolle gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik hat, sollte sich niemand wundern, wenn sie bei wichtigen politischen Fragen nicht ernst genommen oder schlichtweg gar nicht gefragt wird. Ein dissonanter Chor europäischer Stimmen braucht nicht gehört zu werden. Das sollten Europäer nicht mehr zulassen, zumal wir einiges anzubieten hätten, was die Welt des 21. Jahrhunderts dringend bräuchte. Wir haben unser Friedensmodell, die Integration. Niemand sonst auf dieser Welt hat soviel Er-

fahrung wie die EU in ziviler Konfliktlösung oder erfolgreicher Systemtransformation. Niemand gibt mehr Geld als wir für die Entwicklungsländer. Niemand außerhalb der EU tut soviel für die Ärmsten der Armen. Noch reichen die Anstrengungen gewiss nicht aus, aber gerade weil noch mehr getan werden müsste, gerade weil die Situation in der Welt von heute uns mahnt, dass wir unsere Anstrengungen verstärken müssen, brauchen wir eine gemeinsame Stimme der Europäer. Wir müssen die Überzeugungskraft unseres Modells nutzen, um andere zu bewegen, mit uns gemeinsam zu verhindern, dass sich die Welt endgültig in Globalisierungsgewinner und Globalisierungsverlierer, in Arm und Reich teilt. Das ist eine Aufgabe von langfristiger Bedeutung, auch und gerade aus friedens- und sicherheitspolitischen Gründen. Unsere neuen Mitglieder könnten uns helfen, mit ihren guten Beziehungen zu den USA, dass die notwendige transatlantische Verständigung auf eine gemeinsame Kampfansage an die Risiken des 21. Jahrhunderts auch gelingt.

Zudem wird die Europäische Union nach der gegenwärtigen Erweiterungsrunde eine östliche Grenze haben, die fast vom Nordkap bis hinunter an das Schwarze Meer reicht. Das setzt die Frage einer neuen Politik gegenüber unseren Nachbarn auf die Tagesordnung, denn die Erweiterung kann das Friedens- und Stabilitätsproblem auf dem europäischen Kontinent nicht endgültig lösen. Dies gilt selbst für den Fall, dass neben Bulgarien und Rumänien der EU auch Kroatien beitreten würde und selbst dann, wenn die übrigen Länder des westlichen Balkans, die derzeit noch weit von der Erfüllung der Beitrittsvoraussetzungen entfernt sind, zur EU gehören werden. Allerdings braucht die EU jetzt eine Zeit der inneren Konsolidierung, des Zusammenwachsens und der Stärkung nach innen. Wir können deshalb keine neue große Erweiterung nach Osten ins Auge fassen, ohne die praktische Funktionsfähigkeit des größer gewordenen Organismus im Alltag zu sichern. Zudem müssen wir möglicherweise von der Vorstellung Abschied nehmen, dass eine EU-Mitgliedschaft das Patentrezept zur Lösung aller denkbaren europäischen Fragen sei. Dies heißt jedoch nicht, dass wir in Zukunft mit einer auf sich selbst bezogenen, nach innen gekehrten Politik der EU rechnen müssen.

Die innere und äußere Stabilität Europas verlangt über die Grenzen der EU hinausgehend Wachstum, Wohlstand und Demokratie, sowohl im Osten Europas als auch im nahen Mittelmeerraum. Es dürfen sich keine neuen Trennlinien entwickeln, die den Kontinent erneut spalten könnten, und keine Gräben, die uns von unseren südlichen Nachbarn trennen. Deshalb hat die EU die europäische Nachbarschaftspolitik initiiert, weil wir eben nicht zehn bis 20 Jahre warten können, um zu sehen, wie die Lage dann in unserer Nachbarschaft sein wird. Die Projektion von Stabilität über unsere Grenzen hinaus ist eine Aufgabe, die unverzügliches Handeln verlangt. Wir schließen dabei für keinen europäischen Staat irgendeine Option für die Zukunft aus, denn die europäische Nachbarschaftspolitik ändert nicht den EU-Vertrag, der allen europäischen Staaten das Recht einräumt, sich um eine Mitgliedschaft zu bewerben. Die Qualität der Nachbarschaftspolitik darf und sollte deshalb auch nicht von der Frage abhängen, wie groß die Chancen oder auch

nur der Wille zur Teilhabe an der Europäischen Union sind. Die EU wird statt dessen darum bemüht sein, mit jedem einzelnen unserer Nachbarn eine maßgeschneiderte gemeinsame Agenda zu vereinbaren, mit Zielen und Maßnahmen, auf die wir uns jeweils zum Zeitpunkt der Vereinbarung einigen können. Wir sind bereit, sehr weit zu gehen, was die Einbindung etwa in den Binnenmarkt angeht. Aber wir verlangen auch etwas dafür – ein Mehr an Demokratie, ein Mehr an Rechtsstaatlichkeit, eine höhere Qualität von politischer und wirtschaftlicher governance und die Achtung der Menschen- und Minderheitenrechte. Ohne das alles ist eine echte Stabilität einer Gesellschaft langfristig nicht denkbar. Das ist im Kern das Europäische Nachbarschaftskonzept. Mit dieser europäischen Nachbarschaftspolitik, mit diesem »Ring von Freunden«, den wir um uns schaffen wollen, könnte Europa mit größerem Vertrauen in die Zukunft blicken. Auch dabei wird uns die Erweiterung helfen, denn Polen und andere Länder haben in diese Politik sehr viel einzubringen, nicht zuletzt, weil sie unmittelbar an unsere Nachbarn im Osten grenzen und bereits traditionell über enge bilaterale Kooperationsbeziehungen mit ihnen verfügen: Russland, die Ukraine, Moldau und auch Belarus.

Westeuropa hat durch die europäische Integration eine lange Friedensperiode erlebt, die manchen längst selbstverständlich erscheint. Deshalb ist es wichtig, zu erkennen, dass Frieden und Stabilität auch sechs Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg keine Selbstverständlichkeit sind. Mancher glaubt, dass Kriege und deren Schrecken auf Dauer aus Europa verbannt seien. Und die Kriege und der Hunger auf der Welt scheinen weit weg. Es bleibt zu hoffen, dass Europa nicht immer erst der aufrüttelnden Tragödien bedarf, um sich der eigenen Verantwortung für aktive Friedenspolitik bewusst zu werden. Dabei sind die Mahnungen, wie gefährdet wir sind, leider ganz unübersehbar: Drei Kriege innerhalb eines Jahrzehnts auf dem Balkan, die Terrorakte des 11. September 2001 und des 11. März 2004 sprechen eine eindeutige Sprache. Das führt mich unmittelbar zur Frage der EU-Türkei-Beziehungen. Die Türkei ist der älteste Beitrittskandidat der EU. Die heutige Bedeutung der Türkei für die EU liegt unzweifelhaft nicht mehr nur in ihrer geographischen Lage. Sie besteht darin, dass die Türkei das erste große Land mit muslimischer Bevölkerung ist, das sich auf die Verwirklichung von Demokratie, Rechtstaatlichkeit, auf die Achtung von Menschenrechten und den Schutz von Minderheiten verpflichtet hat. Wenn das der Türkei gelingt, und ihre Reformanstrengungen in diese Richtung sind groß, dann entstünde die erste tragfähige Brücke der Verständigung zwischen den westlichen Demokratien und den Ländern der islamischen Welt. Dann hätte eine auf Dialog und Toleranz gegründete Politik eine Chance. Ende des Jahres 2004 wird nun geprüft werden, ob die Türkei die Bedingungen erfüllt, die Voraussetzung für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen sind. Wenn das der Fall sein sollte, dann werden – so hat es der Europäische Rat 2002 beschlossen – die Beitrittsverhandlungen unverzüglich aufgenommen. Diese Verhandlungen setzen an beiden Seiten hohe Ansprüche, und sie werden auch lange dauern. Die eigentliche Frage lautet deshalb auch für mich: Kann die Türkei den Reformweg fortsetzen und den Fortschritt, also eine demokra-

tische Verfassung, Rechtsstaatlichkeit, die Achtung von Menschen und Minderheitenrechten irreversibel machen? Das halte ich für möglich, aber für diesen Wandel braucht die Türkei die Unterstützung der EU. Niemand sollte deshalb das Fundament des türkischen Reformkurses schwächen oder gar zerstören, und dieses Fundament heißt, dass die Türkei darauf vertrauen darf, dass wir eine ehrliche Politik ihr gegenüber betreiben, dass wir zu unseren Zusagen stehen und sie auch einlösen, wenn die gemeinsam verabredeten Bedingungen stimmen.

Die europäische Integration ist kein Geschenk, sondern sie ist Resultat des Bemühens um Verständigung, um Kompromissbereitschaft und Konsensfindung. Sie ist das Resultat einer geschichtlichen Lehre, die immer wieder in Erinnerung gerufen und immer wieder neu begründet werden muss, in jeder Generation, nicht zuletzt, weil der Erfolg manchmal selbstverständlich scheint und weil die Europakritiker, Nationalisten und Populisten leider nirgendwo ausgestorben sind. Im Gegenteil, sie sind unter uns und sie haben den Schuldigen an dem jeweiligen Problem, der jeweiligen Lage, dem jeweiligen Unmut auch immer gleich bei der Hand. Es gibt viele beliebte Schuldige in diesem Zusammenhang. Das beliebteste Angriffsziel jedoch ist der Ausländer, der Andere oder der Fremde, das neue Ereignis, wie etwa die Erweiterung. Die Argumente sind ebenso ängstlich wie falsch. Sie offenbaren Mutlosigkeit, die Probleme eigenverantwortlich anzupacken und lösen zu können und suchen stattdessen nach Ausflüchten, um tatenlos zu bleiben. Gerade deshalb sollte sich jeder immer wieder bewusst in Erinnerung rufen, warum die europäische Integration unser Schicksal bestimmt. Es geht bei der Integration nicht nur um die Öffnung von Märkten, nicht um die Festlegung von Standards zum Schutz der Verbraucher, nicht um Pflanzen- und Tiergesundheit oder um besseres Trinkwasser oder um europäische Gelder für Landwirte – das alles ist nicht der Zweck der Integration, sondern das alles sind Mittel, manche mehr, manche weniger tauglich, die europäischen Völker so fest aneinander zu binden, dass wir immer zusammen bleiben, auch beim größten Problem, in der größten Krise, und sie dann partnerschaftlich bewältigen. Dieses Ziel ist erreicht worden, zum ersten Mal in der europäischen Geschichte, und das sollte uns den Mut geben, für dieses Ziel auch weiterhin gerade zu stehen.

3. Die Europäische Union stärken

Die EU ist kein von wirtschaftlichen und finanziellen Interessen getragener Staatenbund. Richtig aber ist, dass der wirtschaftliche Erfolg der Gemeinschaft eine Grundvoraussetzung für ihre Legitimität und für ihren Einfluss in den internationalen Beziehungen ist. Dies gilt im doppelten Sinne, zum einen durch das kollektive Potenzial, zum anderen durch die Attraktivität des Modells für andere Staaten und Regionen in der Welt. Die Erweiterung der EU ist auch und gerade in diesem Zusammenhang von großer Bedeutung.

Mit Abschluss der Erweiterung, die sich mit der Aufnahme Bulgariens und Rumäniens vollenden wird, wird die Bevöl-

kerung in der Union um ca. 28 Prozent von gegenwärtig 374 Millionen auf knapp 500 Millionen Menschen zunehmen. Das ist mehr als die Bevölkerung der Vereinigten Staaten, Japans, Kanadas und Australiens zusammen (450 Millionen). Damit entsteht der größte Binnenmarkt der Welt. Andererseits bedeutet die Erweiterung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt der Union vor dem 1. Mai 2004 nur eine Zunahme von ca. fünf Prozent (gemessen in Kaufkraftparitäten sind es etwa elf Prozent). Volkswirtschaftlich gesehen sind die Neumitglieder zudem überwiegend »kleine« Länder. Dadurch relativiert sich der unmittelbare, kurzfristige Einfluss der Erweiterung auf die gemeinsame Wirtschaft, insbesondere in Bezug auf Preise und Löhne. Umgekehrt allerdings ist der Einfluss der Union auf die Volkswirtschaften der neuen Mitglieder ganz erheblich.

Vielleicht liegt es in der Natur der Sache, dass kurzfristige Anpassungskosten der Erweiterung in der öffentlichen Debatte meist im Vordergrund stehen. Die bereits eingetretenen und auch langfristigen absehbaren positiven Integrationseffekte öffentlich zu vermitteln, scheint dagegen viel schwieriger. Dies gilt übrigens nicht nur für die Union, sondern auch für die neuen Mitglieder. Dort mussten und müssen teilweise sehr schmerzhafte Reformen verkraftet werden. Auffällig aber ist, dass viele der Sorgen und Probleme, die Menschen mit der Erweiterung verbinden, ursächlich gar nichts mit der Erweiterung zu tun haben, sondern lediglich auf sie projiziert werden. Ängste wie etwa die vor illegaler Beschäftigung, vor mehr Kriminalität, vor zu hohen Folgekosten sind sehr real. Sie stammen aus dem Erleben der vergangenen Jahre, seit dem großen Umbruch des Jahres 1989. Leider ist es bisher noch nicht ausreichend gelungen, etwa in Deutschland dies auch breit öffentlich zu kommunizieren, dass die Erweiterung keine staatliche Einheit bedeutet, wie im Falle der deutschen Einigung. Dass die Erweiterung nicht Ursache der Probleme ist, die die Grenzöffnung und der Aufeinanderprall zweier Gebiete mit ganz unterschiedlichen Wohlstandsniveaus bedeutete, sondern Teil der Lösung der Probleme ist, auf die Menschen, nicht zuletzt gerade in den Grenzregionen, immer wieder zu recht hinweisen.

Einige Probleme sind ebenfalls eine Folge der beschleunigten Globalisierung, die ebenfalls mit dem Jahr 1989 verbunden ist, der Technisierung der Arbeitswelt und ihrer Konsequenzen für den Arbeitsmarkt. Vor allem infolge der Globalisierung treten heute aufgebrochene Strukturprobleme deutlicher und früher als bisher zu Tage. Viele Menschen befürchten zum Beispiel, dass der Aufbau von Produktionsstandorten in Mittel- und Osteuropa unmittelbar die Arbeitsplätze in der Union bedroht. Tatsächlich führt die Globalisierung zu Arbeitsplatzverlusten, auch wenn die Gesamtwirtschaftsbilanz für die Bundesrepublik Deutschland positiv ausfällt. Gleichermaßen gilt für die seit zehn Jahren erfolgte Marktöffnung nach Mittel- und Osteuropa. Auch hier sind die Fakten eindeutig. Bisher sind über die Hälfte der ausländischen Direktinvestitionen in Branchen mit nicht-handelbaren Gütern bzw. Dienstleistungen geflossen. Dabei haben nicht nur human- und kapitalintensive Zweige der alten EU-Mitgliedstaaten, sondern auch deren konsumorientierte Branchen (u.a. die Nahrungsmittelindustrie) Exporte

nach Osteuropa deutlich erhöht. Zudem sind niedrigere Lohnkosten nur eines von mehreren Kriterien für Entscheidungen von Unternehmen über Standorte. Viele Auslandsinvestitionen in den neuen Mitgliedstaaten wurden darüber hinaus aus binnenmarkt- bzw. absatzorientierten Gründen getroffen, also um neue Märkte zu erschließen.

Häufig werden auch nicht ganze Betriebe, sondern nur bestimmte Bereiche ausgelagert. Dadurch sollen die Gesamtproduktivität gesteigert und Arbeitsplätze in Mutterunternehmen erhalten werden. Zudem gilt, dass Unternehmen global kalkulieren und dass wahrscheinlich die Erweiterung dazu beigetragen hat, dass Unternehmensstandorte in Europa verblieben, die anderenfalls nach anderen Kontinenten abgewandert wären.

Von der Erschließung der neuen Märkte unserer jungen Mitgliedstaaten sind in der Vergangenheit grundsätzlich positive Wirkungen auf die Beschäftigung der heutigen Union ausgegangen. Hinzu kommt, dass anwachsender Technologietransfer die Produktivität in den Beitrittsländern rasch fördern wird und damit zu einer fortschreitenden Anhebung des Lohnniveaus und der Sozialleistungen beitragen wird. Dadurch wird nicht zuletzt auch der Migrationsdruck auf die Mitgliedsländer sinken, denn Menschen werden eine Zukunft für sich in ihrer Heimat sehen. Eine intensivere Arbeitsteilung in der erweiterten Union wird schließlich langfristig nicht nur insgesamt zu höherem Wachstum führen, sondern auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Union fördern.

Das Wirtschaftswachstum im von den acht neuen mittel- und osteuropäischen Ländern sowie den beiden Kandidatenländern Bulgarien und Rumänien gebildeten Wirtschaftsraum lag bei jeweils etwa 3,1 Prozent in 2001 und 2002 und bei 4,1 Prozent im vergangenen Jahr. Gleichzeitig wurde das Inflationsniveau, mit unterschiedlichen Ergebnissen in den Ländern, insgesamt durchschnittlich um ein Drittel, auf unter sechs Prozent, abgesenkt. Im Vergleich zu derart beeindruckenden Wachstumsraten in den neuen Mitgliedsländern betrug das Wirtschaftswachstum in der Eurozone der EU im Durchschnitt weniger als zwei Prozent. Selbstverständlich wird der Aufholprozess Zeit brauchen, denn das Ausgangsniveau ist deutlich geringer als in den alten EU-Ländern. Gleichwohl gilt, dass die Europäische Union durch ihre Neumitglieder an Stärke gewinnt. Bereits seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre ist die Union der wichtigste Wirtschaftspartner der neuen Mitglieder. Sie wickeln inzwischen bis zu 70 Prozent ihres grenzüberschreitenden Handels innerhalb der EU ab, und der Prozentsatz wird weiter zunehmen. Davon haben auch die alten EU-Mitglieder profitiert. Beispielsweise ist der Handel der Bundesrepublik Deutschland mit den Beitrittsländern in den Jahren vor dem Beitritt jährlich um etwa 20 Prozent gestiegen. Deutschland verzeichnet seit Jahren Handelsbilanzüberschüsse mit den Beitrittsländern, und für einige von ihnen wurde die Bundesrepublik zum wichtigsten Handelspartner. Die wirtschaftlichen Beziehungen mit den neuen Partnerstaaten sichern bereits heute in der Bundesrepublik etwa 120.000 Arbeitsplätze. Mit der ansteigenden Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen aus Deutschland infolge des EU-

Beitritts ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze auch in Deutschland realistisch zu erwarten. Deutsche Banken, Versicherungen und Telekommunikationsunternehmen verbessern durch Investitionen in den künftigen Mitgliedstaaten ihre Position im internationalen Wettbewerb und sichern dadurch gleichzeitig Arbeitsplätze in Deutschland.

Allgemein gilt, dass sich die Produktionsstrukturen in der Union und in den Beitrittsländern tendenziell gut ergänzen. Während eher kapitalintensive Produktion in den alten Ländern stattfindet, erfolgt arbeitsintensivere Produktion derzeit vergleichsweise stärker in den neuen Ländern. Mittelfristig werden die strikten EU-Sozial- und Umweltstandards jedoch auch zu höheren Produktionskosten in neuen Mitgliedstaaten führen. Die Osterweiterung wird deshalb den Anpassungsdruck auf die alten Länder in jenen Bereichen, in denen die Beitrittsländer traditionell über komparative Vorteile verfügen, nicht wesentlich erhöhen.

Insgesamt wird der Zugang zu den östlichen Wachstumsmärkten durch die Erweiterung einfacher und vor allem berechenbarer. Vom verstärkten Handel und von den wirtschaftlichen Reformen in den Beitrittsländern werden vor allem diejenigen EU-Mitgliedstaaten profitieren, die, wie Deutschland, mit den Beitrittsländern seit langem intensive Wirtschaftskontakte pflegen. Deshalb werden die volkswirtschaftlichen Wachstumseffekte für Deutschland und Österreich je nach Prognose auf 0,5 bis ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts geschätzt, während andere EU-Mitgliedstaaten zunächst weniger direkte wirtschaftliche Vorteile haben werden.

4. Ausblick

Die EU hat sich mit der so genannten Strategie von Lissabon das Ziel gesetzt, bis zum Jahre 2010 die wirtschaftlich stärkste, innovativste und wettbewerbsfähigste Region in der Welt zu werden und gleichzeitig die Beschäftigungsfrage zu lösen. Das ist eine sehr anspruchsvolle Zielsatzung. Aber sie ist lösbar, wenn auch wahrscheinlich nicht im anvisierten Zeitraum bis 2010. Die Erweiterung wird hierbei helfen, denn der EU sind Mitgliedstaaten zugewachsen, die nicht nur über gesunde wirtschaftliche Grundlagen verfügen, sondern die auch reformerprobte Wachstumsmärkte sind. Die neuen Mitglieder bringen ihre eigenen Erfahrungen der Anpassung an die wirtschaftlichen und sozialen Zukunftsaufgaben mit, und sie haben vielfach Konzepte entwickelt, an denen sich die alten EU-Mitglieder in den von ihnen selbst unternommenen Anstrengungen zur strukturellen Reform orientieren könnten und wahrscheinlich auch werden messen lassen müssen. Von vielfältigen Erfahrungen lernen und das Beste für sich daraus zu machen, das ist eine Chance, die uns die erweiterte Union bietet. Es wird deshalb auch künftig mehr Wettbewerb geben. Wettbewerb ist aber keine Bedrohung, wenn es um die beste Lösung, um den größten Nutzen für die in der EU zusammengeschlossenen Völker und um Verfeindung dessen geht, was wir das europäische Lebensmodell nennen.